

Nein zur Aufstockung des Polizeikorps

Die Regierung muss einen Bericht zur Drogenhilfe vorlegen

87. Sitzung, Montag, 24. Januar, 8 Uhr 15
Vorsitz: Emy Lalli (sp., Zürich)

kg. Der Rat wählt Andrea Sprecher (sp., Zürich) als neues Mitglied der Justizkommission. Sie ersetzt den aus der Kommission ausgetretenen Yves de Mestral (sp., Zürich).

Kritik am neuen Lohnausweis

Der Regierungsrat müsse verhindern, dass im Kanton Zürich der neue Lohnausweis eingeführt werde, verlangen *Martin Arnold* (svp., Oberrieden) und *Josef Wiederkehr* (cvp., Dietikon) mit einem Postulat. Die Postulanten wollen, dass ihr Vorstoss dringlich erklärt wird. *Martin Arnold* (svp., Oberrieden) begründet die Dringlichkeit: Die Vorarbeiten zur Einführung laufen. *Josef Wiederkehr* (cvp., Dietikon) betont, die Einführung sei mit hohen Kosten verbunden. Es gibt noch keine EDV-Software für den Ausweis. *Elisabeth Derisiotis* (sp., Zollikon) lobt den neuen Lohnausweis. Er trägt allen gesetzlichen Änderungen Rechnung. Das Postulat versucht nur, den Vollzug zu stoppen. Die SP unterstützt diesen rückwärts gewandten Vorstoss nicht. *Esther Guyer* (gp., Zürich) erinnert daran, dass die Einführung dieses Jahr noch freiwillig ist. Es gibt keinen Grund für die Dringlichkeit.

Der Rat erklärt das Postulat mit 86 Stimmen für dringlich. Der Regierungsrat muss innert vier Wochen Stellung nehmen.

Karrierekonzept für Polizisten

Willy Furrer (cvp., Zürich) verlangt mit einem Postulat vom Regierungsrat einen Bericht über ein integriertes Ausbildungs- und Karrierekonzept für Stadt- und Kantonspolizisten. Er schlägt eine gemeinsame Ausbildung für die beiden Korps vor. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Das Problem der unterschiedlichen und zum Teil unkoordinierten Polizeiausbildung in der Schweiz sei erkannt, erste Verbesserungsvorschläge lägen vor. Dank dem neuen Polizeiorganisationsgesetz und dem vom Volk bewilligten Polizei- und Justizzentrum seien Verbesserungen möglich.

Regula Thalmann (fdp., Uster), Präsidentin der Kommission für Justiz und Sicherheit, erläutert, dass die Kommission und der Postulant mit der Regierungsantwort zufrieden und mit der Abschreibung des Postulats einverstanden sind. *Willy Furrer* (cvp., Zürich) findet es erfreulich, dass die Kantonspolizei und die Stadtpolizeien von Winterthur und Zürich die Berufsprüfung gemeinsam durchführen wollen. *Christoph Holenstein* (cvp., Zürich) empfiehlt dem kantonalen und den kommunalen Polizeikorps, gemeinsam eine Polizeifachschule mit unabhängiger Trägerschaft zu gründen. Auch die CVP ist für Abschreibung.

Der Rat stimmt der Abschreibung zu.

Strassenmusikanten brauchen keine Bewilligung mehr

Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat ein neues «Gesetz über die Märkte und das Reisengewerbe» vor; es ersetzt das «Gesetz über die Märkte und das Wandergewerbe». Seit dem 1. Januar 2003 wird das Markt-, Wander- und Schaustellergewerbe auf Bundesstufe geregelt. *Hansjörg Schmid* (svp., Dinhard), Präsidentin der Kommission für Wirtschaft und Abgaben, gibt einhellige Zustimmung bekannt. Der kantonale Spielraum ist gering, wir wollen die Liberalisierung nicht wieder einschränken. Weiterhin entscheiden die Gemeinden, welche Märkte wo und wann durchgeführt werden. *Emil Manser* (svp., Winterthur) spricht von einer marginalen Liberalisierung. Braucht es dafür ein Gesetz in diesem Umfang? *Adrian Hug* (cvp., Zürich) weiss als Oerliker, was gut funktionierende Märkte für ein Quartier bedeuten. Es handelt sich um ein Gesetz mit nur zehn Paragraphen. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) freut sich, dass Strassenmusikanten keine Bewilligung mehr brauchen. *Hansruedi Hartmann* (fdp., Gossau) gibt Zustimmung seiner Fraktion bekannt, ebenso *Regula Götsch* (sp., Kloten).

Die Vorlage geht an die Redaktionskommission.

Kantonspolizei erreicht Sollbestand nicht

Willy Haderer (svp., Unterengstringen) fordert den Regierungsrat mit einem Postulat auf, dafür zu sorgen, dass das Polizeikorps den Sollbestand erreicht. Dieses Ziel sei unbestritten, schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort. Zurzeit fehlten aber die finanziellen Mittel für eine intensivere Rekrutierung. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) betont, sein Vorstoss verlange nur,

was selbstverständlich sei. Wenn wir von der SVP in der Budgetdebatte Kürzungen vorschlugen, bekamen wir jeweils zu hören, der Kanton sei verpflichtet, diese oder jene Aufgabe zu erfüllen. Das gilt aber auch für den Korpsbestand. Mit der Überweisung des Postulats erhält der Regierungsrat den Auftrag, die Bestimmungen zu erfüllen. Er muss an andern Orten sparen.

Bernhard Egg (sp., Elgg) ist gegen Überweisung. Der Sollbestand, dem auch die SVP zugestimmt hat, ist mehr oder weniger erreicht. Das Postulat ist ein bisschen scheinheilig. Um die Polizeischulen zu füllen, braucht es Geld, die SVP-Fraktion ist nicht dafür bekannt, dass sie in den Budgetdebatten das Geld bewilligt, das nötig ist. Kann der Sollbestand auch mit dem Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 06 gewährleistet werden? *Christoph Holenstein* (cvp., Zürich) bezeichnet die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl als wichtigen Bestandteil der Lebensqualität und als Standortfaktor. Die CVP unterstützt das Postulat. Wir hoffen, dass die SVP auch bereit ist, in der nächsten Budgetdebatte die nötigen Mittel bereitzustellen. *Thomas Vogel* (fdp., Illnau-Effretikon) erinnert daran, dass gemäss Finanzplanung der Sollbestand bis 2006 erreicht werden soll. Er wird nur um 20 Polizisten unterschritten, es gibt keinen Grund für eine Hausrückbildung. Das Postulat ist unnötig. *Susanne Rihis* (gp., Glattfelden) wirft der SVP vor, sie wolle überall sparen, nur bei der Polizei nicht. Ich freue mich, dass jetzt auch sie merkt, welche Auswirkungen ihre Sparpolitik hat. Wir sind nicht dagegen, dass der Sollbestand erreicht wird. Wir unterstützen das Postulat aber nicht.

Lisette Müller (cvp., Knonau) gibt Unterstützung durch die Mehrheit der EVP-Fraktion bekannt. Wir erwarten aber, dass die Kosten im Budget bewilligt werden und dass nicht bei der sozialen Wohlfahrt oder der Prävention gekürzt wird. *Robert Brunner* (gp., Steinmaur) ist im Gegensatz zu seiner Fraktion für Unterstützung. Gemeinden ohne eigene Polizei sind auf die Kantonspolizei angewiesen. Ich habe mehrmals erlebt, dass man auf dem Polizeiposten Diersdorf niemanden erreichen konnte. Nach einem Einbruch dauerte es mehrere Stunden, bis die Kantonspolizei eintraf. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) zweifelt an den Zahlen von *Bernhard Egg* und *Thomas Vogel*. *Peter Reinhard* (csp., Kloten), Präsident des Verbandes der Kantonspolizei, erinnert an die Auswirkungen der Sparprogramme. Der Vorstoss ist ein Gegengewicht zu einem weiteren Abbau. *Regula Thalmann* (fdp., Uster) erläutert, dass ausgebildete Polizisten nicht einfach auf dem freien Markt zu haben sind; Abwerbung bei anderen Korps ist verpönt. Mit der Zielrichtung sind wir einverstanden, aber wir unterstützen heute das Postulat nicht. Laut *Bernhard Egg* (sp., Elgg) haben Haderers Zahlen nur für den Zeitpunkt der Einreichung des Postulats im April 2003 Gültigkeit, unterdessen hat sich etwas geändert. In der Budgetdebatte 2003 war die SVP gegen mehr Geld für Polizeischulen. Für *Jürg Trachsel* (svp., Richterswil) ist klar: Sparen ja, aber nicht bei der Kantonspolizei. Im Frühling und Herbst 2005 sind nur Klassen mit 15 Polizeischülern geplant. *René Iser* (svp., Winterthur), der bei der Stadtpolizei Winterthur arbeitet, betont, der gesellschaftliche Wandel erfordere immer mehr Polizei.

Regierungspräsident *Ruedi Jeker*, Vorsteher der Direktion für Soziales und Sicherheit, bezieht den Unterbestand mit 44,5 Stellen, dies bei einem Sollbestand von 2555,5 Stellen. Wegen des Massnahmenplans Haushaltgleichgewicht 06 können wir auch diesen Bestand nicht halten. Der Abbau geht nicht an den Kern der Sicherheit, aber es wird eine Komforteinbusse geben. Sie haben uns die Sparvorgaben gemacht, die auch für die Kantonspolizei gelten. Es ist nur konsequent, wenn Sie das Postulat nicht überweisen.

Der Rat lehnt die Überweisung mit 84 zu 79 Stimmen ab.

Erklärung aus dem Rat

Hans-Heinrich Heusser (svp., Seegraben) ärgert sich in einer persönlichen Erklärung über den Verfassungslauf. Der Sport hat sich aus der Politik herauszuhalten. Alt Bundesrat Ogi ist vom Organisator, SP-Verfassungsrat Gallus Cadonau, unter falschen Voraussetzungen ins Patronatskomitee geholt worden. Er hat den sofortigen Austritt aus dem Komitee erklärt.

Humanitäre Aufenthaltsbewilligungen

In einem Postulat bittet die unterdessen zurückgetretene *Ruth Gurny* (sp., Maur) den Regierungsrat um Auskunft darüber, nach welchen Kriterien Anträge auf humanitäre Aufenthaltsbewilligungen behandelt werden. Zudem soll er die Härtefallkommission für von der Ausweisung bedrohte Ausländerinnen und Ausländer, die 2002 aufgelöst wurde, neu gründen und ihr ein An-

tragsrecht an die Sicherheitsdirektion gewähren. In einer Anfrage erkundigt sich *Susanne Rihis* (gp., Glattfelden) nach den Umständen der Auflösung dieser Kommission. Der Regierungsrat lehnt Gurnys Forderung ab. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass die Kommission nur ein Konsultativgremium sei und keine Härtefälle beurteilen solle. Die Kommission habe selber ihre Auflösung beantragt.

Johanna Tremp (sp., Zürich), Mitunterzeichnerin des Postulats, erläutert dessen Vorgeschichte. Die Auflösung war ein Verstoß gegen Treu und Glauben. Ein grosser Teil des Kantonsrates hat jahrelang für eine solche Kommission gekämpft. Unter dem Druck der Öffentlichkeit hat die damalige Polizeidirektorin die Kommission eingeführt. Die Ausweisung von bosnischen Jugendlichen gab zu dieser Zeit viel zu reden. Alle Parteien begrüssten die Einführung der Kommission. Diese konnte sich aber nie mit Härtefällen befassen, sie diskutierte nur über Richtlinien. Die Abschaffung ist unklug. Es gibt weiterhin Härtefälle.

Claudio Schmid (svp., Bülach) gibt Ablehnung des Postulats bekannt. Asylsuchende verfügen über viele Rechtsmittel, mit denen sie den Vollzug des Asylgesetzes behindern. Die Linke will offenbar Stellen in der Sozialindustrie erhalten. *Blanca Ramer* (csp., Urdorf) bezeichnet den Vorstoss als nicht mehr sehr aktuell. Das Thema ist aber aktueller denn je. Wir wollen das Postulat nicht überweisen, fordern die Regierung aber auf, die Situation zu verbessern. *Katharina Pregelc* (gp., Zürich) unterstützt namens der Grünen das Postulat. Es ist im Interesse der Öffentlichkeit, dass die Kriterien für Härtefälle klar sind. Im Kanton Zürich reicht es nicht einmal, als Superschwitzer hier zu leben, um als Härtefall anerkannt zu werden. Das zeigt der Fall Peske. Der Kanton Zug, der in Steuerfragen oft als Beispiel dargestellt wird, ist grosszügiger.

Peter Schulthess (sp., Stäfa) erklärt, warum die Kommission die Auflösung selber vorschlug. Ihre Arbeit war ohne die konkrete Bearbeitung von Einzelfällen nicht sinnvoll. Der Regierungsrat betont immer wieder, er brauche keine Kommission. Beispiele zeigen aber, dass der Regierungsrat sehr wohl auf die Beratung durch eine Kommission angewiesen ist. *Regula Thalmann* (fdp., Uster) erinnert daran, dass alle Kommissionsmitglieder wussten, dass die Kommission kein Recht auf die Prüfung von Einzelfällen hat. Dass das Thema so viel zu reden gab, liegt auch an der wenig glücklichen Informationspolitik der damaligen Polizeidirektorin Rita Führer. Nach dem Direktionswechsel ist eine Reihe von Fällen erledigt worden. Heute liegt das Problem auf Bundesebene. Wir sind gegen Überweisung.

Lisette Müller (csp., Knonau) bezeichnet eine Härtefallkommission als Garant für Rechtsstaatlichkeit. Die EVP ist für Überweisung. *Ruedi Menzi* (svp., Rütli) lobt die Regierung: Sie hat den Fehlentscheid, die Kommission einzusetzen, korrigiert. *Lucius Dierr* (csp., Zürich) hält eine Härtefallkommission weiterhin für notwendig. Sie macht Entscheide nachvollziehbar. Die Kommission ist gescheitert, weil sie zu wenig Kompetenzen hatte und nicht ernst genommen wurde. Mit der Überweisung liess sich die Regierung aber nicht umstimmen. Der Rat lehnt die Überweisung mit 89 zu 70 Stimmen ab.

Arme Familien im Kanton Zürich

Emy Lalli (sp., Zürich) und *Ruth Gurny* (sp., Maur) verlangen mit zwei Postulaten regelmässige Berichte über die wirtschaftliche und soziale Lage von Familien sowie einen Überblick darüber, wie sich das Überschuldungsrisiko von Familien in den letzten zehn Jahren entwickelt hat. In seiner Antwort verweist der Regierungsrat auf seinen Bericht zur Lage der Familie aus dem Jahr 2002 sowie auf den kantonalen Sozialbericht, der jährlich erscheinen soll. Deshalb brauche es weder einen weiteren Überblick noch ein Monitoring zur Lage der Familie. *Käthi Furrer* (sp., Dachsen) möchte mit dem Monitoring den Weg fortsetzen, der mit dem Familienbericht und dem Sozialbericht eingeschlagen wurde. Der Familienbericht ist nur eine Momentaufnahme. Laut *Markus Brandenberger* (sp., Uetikon) gibt nur eine kontinuierliche Beobachtung die Möglichkeit, Präventionsarbeit zu leisten. Damit kann auch öffentliches Geld gespart werden.

Hansruedi Bär (svp., Zürich) sieht die Gründe für Überschuldung darin, dass viele mehr ausgeben, als sie verdienen. Wer unter dem Existenzminimum lebt, kommt oft aus Staaten mit bescheidenem Bildungsniveau. Die SVP lehnt beide Postulate ab. *Katharina Pregelc* (gp., Zürich) vermisst verlässliche Daten im Sozialbereich. Dazu braucht es regelmässige Erhebungen. Der Familienbericht genügt nicht, der Sozialbericht beschäftigt sich nicht speziell mit der Situation von

Familien. *Urs Lauffer* (fdp., Zürich) bedauert, dass statt über die vorhandenen Probleme über Berichte gesprochen wird. Berichte sind häufig Pflichtübungen. Die Fakten liegen vor. *Blanca Ramer* (cvp., Urdorf) begründet das Nein ihrer Fraktion zu den Postulaten mit den knappen Finanzmitteln des Kantons. Wir geben das Geld lieber für Hilfe aus als für Berichte. *Lisette Müller* (evp., Knonau) fordert zukunftsgerichtete Familienpolitik, für die ein Monitoring Voraussetzung ist.

Der Rat lehnt die Überweisung der Postulate mit 92 zu 66 Stimmen (Monitoring) und mit 91 zu 54 Stimmen (Überschuldungsrisiko) ab.

Kürzung von Beiträgen der Invalidenversicherung

In einer Interpellation rechnet *Markus Brandenberger* (sp., Uetikon a.S.) vor, dass die Invalidenversicherung künftig rund 50 Millionen Franken weniger an Wohnheime und Werkstätten für Menschen mit Behinderung im Kanton Zürich bezahlen dürfte. Die Kürzung ist Teil eines Programms zur Entlastung der Bundesfinanzen. Er will wissen, ob der Regierungsrat die betroffenen Institutionen unterstütze und ob der Kanton als Folge der Kürzung mit Mehrausgaben für Ergänzungsleistungen und Beihilfen rechnen – dies für den Fall, dass die Heime ihre Tarife erhöhen müssten.

Markus Brandenberger (sp., Uetikon) erinnert daran, dass mit dem neuen Finanzausgleich die Beiträge der

öffentlichen Hand noch einmal sinken. Dass die Kosten in den letzten Jahren gestiegen sind, liegt auch daran, dass der Bund höhere Anforderung an die Qualität in den Heimen stellt. *Hans Fahrni* (evp., Winterthur) räumt ein, dass der Kanton den Beitragssatz senken kann, ohne etwas Ungesetzliches zu tun. Das wird aber Auswirkungen auf die Ergänzungsleistungen haben. *Beat Walti* (fdp., Erlenbach) entnimmt der Regierungsratsantwort, dass vieles unklar ist bei der Finanzierung der Heime. Die finanziellen Probleme der öffentlichen Hand dürfen nicht auf Kosten der Behinderten gelöst werden. *Hanspeter Haug* (svp., Weiningen) befürchtet eine Verschiebung der Ausgaben von den Ergänzungsleistungen zur Fürsorge.

Das Geschäft ist erledigt.

Bedarfsplanung in der Drogenhilfe

Als Reaktion auf die im Mai 2003 angekündigte Schliessung der Klinik Sonnenbühl forderte *Ruth Gurny* (sp., Maur) mit einem Postulat den Regierungsrat auf, eine Bedarfsanalyse und -planung im Bereich Drogenhilfe vorzulegen. Der Regierungsrat lehnt das Postulat ab, weil seiner Meinung nach eine solche Analyse nichts Zusätzliches bringen würde. *Peter Schulthess* (sp., Stäfa) bezeichnet eine Bedarfsanalyse als Voraussetzung für die Planung der Drogenhilfe. Das Argument der Regierung, eine seriöse Aussage zum künftigen Bedarf an Therapieplätzen sei nicht möglich, erstaunt. Man stelle

sich vor, die Regierung würde behaupten, eine Aussage über den Bedarf an Spitalbetten sei nicht möglich. *Hans Fahrni* (evp., Winterthur) ist gegen die Überweisung, weil ein Bericht keine neuen Erkenntnisse bringt. *Urs Lauffer* (fdp., Zürich) bezeichnet den geforderten Bericht als notwendig. Es besteht zwar ein Überangebot an privaten Einrichtungen. Mit dem Rückzug der IV aus der Finanzierung ist aber eine neue Situation entstanden. Die Überweisung zwingt den Kanton nicht zum Geldausgeben, sie zwingt die Regierung, darzulegen, wie sich die Finanzierungslücke auswirkt. *Blanca Ramer* (cvp., Urdorf) erinnert an die finanzielle Misere des Kantons, die eine schlanke Verwaltung erfordere. Wir sind gegen die Überweisung. *Claudio Schmid* (svp., Bülach) spricht von einem typischen Sozialarbeitsvorstoss, den es nicht braucht. *Katharina Prelicz* (gp., Zürich) hält eine Überprüfung des Angebotes an Drogeneinrichtungen für sinnvoll. Dafür sind zuverlässige Daten nötig. Wir sind für Überweisung.

Der Rat überweist das Postulat mit 90 zu 68 Stimmen.

Ratspräsidentin *Emy Lalli* (sp., Zürich) gibt bekannt, dass alt Kantonsrat *Gottfried Hottiger* (fdp., Gossau) am Sonntag im 87. Altersjahr gestorben ist. *Hottiger* gehörte dem Kantonsrat von 1959 bis 1979 an.

Ende der Sitzung: 11 Uhr 55.

Nächste Sitzung: 31. Januar, 8 Uhr 15.